



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni



## Für Klima und Fortschritt

Von Philipp Wilhelm

Es ist eidgenössisches Wahljahr. Gut so. Denn die vier vergangenen Jahre sind vier verlorene Jahre. Bundesbern war unfähig, die Klimakatastrophe einzudämmen. Frauen haben immer noch schlechtere Karten und weniger Lohn als Männer. Und die Last auf den Schultern der Leute nimmt zu, weil Prämien steigen und Löhne stagnieren. Der Stillstand ist kein Zufall, sondern Folge starker Bande zwischen Lobbys und Politik. Sie setzen Eigeninteressen durch, statt das Gemeinwohl. Zum Schaden der Schweiz und Graubündens. Darum ist klar: Die Wahlen im Herbst müssen Erneuerung bringen. Wir tre-

### Inhalt

Für Klima und Fortschritt	1-2
National- und Ständeratswahlen	3-4
Interview Frauenstreik	5
Eidgenössische Abstimmung	6-8
Kantonale Abstimmung	9
Abbaupläne Kanton GR	11
Green New Deal	12
Klimastreik Graubünden	13
Krankenkassen-Initiative SP	14
JUSO	15
Letzte Seite	16



ten an, um mit dem Filz aufzuräumen und für Fortschritt zu arbeiten. Wir treten an, um die Klimakatastrophe zu stoppen, indem wir mit einem Green New Deal gleich auch unsere Wirtschaft fit machen. Wir treten an, um die Schweiz aus dem familienpolitischen Dornröschenschlaf zu wecken und endlich mehr in Kinderbetreuung und Elternzeit zu investieren. Wir wollen gute Löhne für Frau und Mann, eine faire Verteilung der Steuerlast und wir wollen bezahlbare Wohnungen und Krankenkassenprämien für alle.

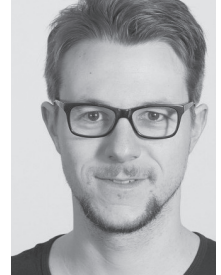
Das ist unser Fortschritt. Dafür setzen wir uns mit Mut ein. Doch wer erneuern will, muss die Erneuerung auch in den eigenen Reihen schaffen. Es braucht junge und frische Köpfe. Mit Jon Pult und Sandra Locher Benguerel aus Chur, Franziska Preisig aus dem Engadin, Erika Cahenzli-Philipp aus Untervaz und mir aus Davos haben unsere Mitglieder am 2. Februar 2019 eine regional gut abgestützte Nationalratsliste mit einer Frauenmehrheit nominiert. Das zeigt: die SP Graubünden packt die Erneuerung an.

Einen mutigen Weg gehen wir mit Jon Pult, der nicht nur für den Nationalrat, sondern gleichzeitig auch für den Ständerat kandidiert. Ein Novum in Graubünden. Unser Kanton verdient aber auch im Ständerat eine fortschrittliche Vertretung. Eine Vertretung, die sich für die Leute in unserem Kanton einsetzt und nicht

für die Interessen von möglichst vielen Verwaltungsräten. Jon Pult ist dazu der ideale Kandidat. Er ist in Graubünden tief verwurzelt, aber mit niemandem wirtschaftlich verbandelt. Mit seinem Durchblick, der klaren Sprache, seinem Verhandlungsgeschick und seiner Dreisprachigkeit bringt Jon Pult die wirklichen Anliegen der Bündnerinnen und Bündner in Bern weiter.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen Wahlprozente dazugewinnen, unseren Nationalratssitz verteidigen und eine echte Auswahl bei den Ständeratswahlen bieten. Der Bündner SP-Sitz im Nationalrat ist gerade nach den letzten Umfragen aber alles andere als im Trockenen. Auf einen Bisherigen-Bonus können wir nicht zählen. Es braucht darum einen engagierten und modernen Wahlkampf. Geld haben die Lobbys, wir nicht. Darum brauchen wir euch alle und zählen auf breite Unterstützung unserer Mitglieder und Sympathisierenden.

Wer für die Leute Politik macht, muss mit den Leuten reden, nicht über sie. Gemeinsam werden wir darum unsere Botschaft auf die Strassen, in die Häuser, an die HörerInnen tragen. Gemeinsam bringen wir Fortschritt aus Graubünden nach Bern. Für alle statt für wenige.



Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden & Nationalratskandidat, Davos

# National- und Ständeratswahlen



Tobias Rettich, Campaigner SP Graubünden, Untervaz

## Basiskampagne

Tobias Rettich

Der Begriff Basiskampagne ist leicht erklärt. Er umfasst die Kernelemente unseres Wahlkampfes. Telefonaktionen, die Quartierumfrage, die Kandidierenden-, und Sektionsapéros, und das Flyern. Fussend auf dieser Grundlage kommen noch Podien, diverse Gespräche, Videos der Kandidierenden und sonstige Elemente hinzu. Die SP ist die Partei der Leute. Wir setzen nicht auf das grosse Geld, wir setzen auf Menschen. Denn wir haben die engagiertesten Mitglieder und wir sprechen mit den Leuten statt über sie. Diese Botschaft vermitteln wir mit der Basiskampagne.

Sie bildet das Fundament eines erfolgreichen Wahlkampfes. Denn nur wenn jede und jeder an einem Strang zieht haben wir die Chance wirklich etwas zu bewirken. Es geht bei der Kampagne darum unsere Mitglieder zu mobilisieren. Doch wie und wann machen wir das konkret?

Zunächst besuchen unsere Kandidierenden und unser Campaigner die Sektionen. Dort werden Daten für die Quartierumfrage und die Kandiapéros fixiert. Die Apéros finden im April/Mai, die Quartierumfragen Ende Mai und im Juni statt. Bei den Apéros geht es darum die Kandidierenden besser kennenzulernen und Freiwillige für den Wahlkampf zu gewinnen. Mit den Quartierumfragen wollen wir

dem bereits erwähnten Leitgedanken genüge tragen. Wir gehen nämlich aktiv auf die Leute zu und sprechen mit ihnen. Kandidierende, Campaigner und Sektionen treffen sich und gehen gemeinsam von Tür zu Tür. Mit einem auf Graubünden zugeschnittenen Fragebogen fragen wir die Leute nach ihren Bedürfnissen, Sorgen und Wünschen. Wir sprechen mit den Leuten, nicht über sie. Wer möchte darf uns gerne seine Kontaktdaten geben, sodass wir denjenigen die Ergebnisse der Quartierumfrage zusenden können. Die Erfahrungen aus ländlichen und urbanen Gebieten in Zürich und Luzern zeigen, dass die Leute sich freuen und die Leute sich durch unsere Offenheit wertgeschätzt fühlen.

Die Telefonaktionen sind bereits aus früheren Wahlkämpfen bekannt. Wir treffen uns Ende September und jeden Samstag im Oktober in der PH in Chur, sowie unter der Woche im SP-Sekretariat in Chur. Dort versuchen wir Menschen aus unserem Bekanntenkreis telefonisch dazu zu bewegen, auch wirklich wählen zu gehen. Viele Leute stimmen nur bei gewissen Themen ab, viele gehen nur ab und an zur Wahl. Diese Leute möchten wir daran erinnern, ihre Verantwortung für eine gerechte und soziale Schweiz wahrzunehmen und ihre Stimme abzugeben. Wir treffen uns jeweils in Chur, da es einfacher ist in der Gruppe zu telefonieren. Wir ermutigen einander, lockern die Stimmung nach schwierigen Telefonaten auf und haben Zeit



## Erste Eindrücke der Sektionsbesuche und der Kick-off Veranstaltung



und Raum unsere Gesprächspartnerinnen in Ruhe zu motivieren. Ein ganz wichtiges Element der Basiskampagne sind und bleiben die Flyeraktionen. Wir gehen auf die Strasse, wir sprechen mit den Leuten und wir verteilen Rosen. Zu keiner Partei passt das besser als zu uns. Unsere Mitglieder sind solidarisch und sie wollen tatsächlich etwas bewegen. Gemeinsam macht Wahlkampf schlicht mehr Spass, gemeinsam fällt es leichter und gemeinsam haben wir die Chance etwas zu erreichen. Darum braucht es die Basiskampagne, darum braucht es euch!



# Interview zum Frauenstreik



Erika Cahenzli-Philipp, Grossrätin & Nationalratskandidatin, Untervaz

## Weitere Frauenstreikstämme finden statt am:

Dienstag, 7. Mai 2019, 18.30 Uhr  
Montag, 20. Mai 2019, 18.30 Uhr  
Montag, 3. Juni 2019, 18.30 Uhr  
jeweils auf dem Büro der Sekretariatsgemeinschaft Gewerkschaften / SP an der Gürtelstrasse 24 in Chur (4. Stock)

## Concret: Am 14. Juni 2019 ist Frauenstreik. Der 14. Juni ist ein symbolträchtiges Datum, was hat es damit auf sich?

Erika: Vor 28 Jahren fiel der erste Frauensstreik im Nachgang zur Nichtwahl von Christiane Brunner ebenfalls auf den 14. Juni. Als junge Mutter war ich damals auch dabei und durfte darauf realisieren, dass der Streik viel ausgelöst hat. Der Frauenanteil im Nationalrat ist beispielsweise massiv gestiegen.

## Was macht nach 28 Jahren einen neuen Frauenstreik notwendig? Was sind die Hauptforderungen?

Nach 28 Jahren ist eine Stagnation spürbar. Seit 1981 haben wir den Gleichstellungsartikel in der Verfassung, seit 1996 das Gleichstellungsgesetz. Doch es wird einfach nicht umgesetzt. Diskriminierung am Arbeitsplatz ist nach wie vor Alltag. Sexismus ist immer noch weit verbreitet. Hinzu kommt die mangelnde Wertschätzung von Haus- und Betreuungsarbeit. Das dringlichste Anliegen: endlich Lohngleichheit!

## Was passiert konkret in Graubünden am Frauenstreik?

Es hat sich ein Organisationskollektiv gebildet, das sehr basisdemokratisch organisiert ist. In Graubünden getragen von Gewerkschaften, Parteien und Frauenzentrale. Das Kollektiv hat ein buntes Veranstaltungsprogramm zusammengestellt. Am 14. Juni findet dann die grosse Kundgebung auf dem Alexanderplatz statt.

## Wo können sich engagierte Frauen noch einbringen?

Alle Frauen sind eingeladen, sich am Programm zu beteiligen. Infos findet man unter [www.frauenstreik2019.ch](http://www.frauenstreik2019.ch).

## Und was ist mit den solidarischen Männern? Wie bringen sie sich am besten ein in den Frauenstreik?

Die sind auf jeden Fall willkommen. Sie sollen unbedingt auch an die Veranstaltungsreihe kommen und am 14. Juni den Frauen den Rücken frei halten. Von mehr Gleichberechtigung profitieren auch Männer.

Der Frauenstreik ist umso wirksamer, je mehr sich daran beteiligen. Erst wenn die Lohngleichheit realisiert wird, wählen auch mehr Männer Hausarbeit als Lebensentwurf.

## Der Frauenstreik fällt in die Landsession des GR. Was plant unsere Fraktion?

Wir werden alles daran setzen, rechtzeitig zurück in Chur zu sein. Wir fordern laut die gerechte Teilung von Macht und Verantwortung. Der Frauenstreik soll neuen Schwung bringen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.



# Eidg. Abstimmung vom 19. Mai 2019

## JA zur Teilrevision des Waffenrechts

Von Franziska Preisig

Die EU hat ihre Waffenrichtlinie revidiert und 2017 verabschiedet. Die Schweiz als Mitglied im Verbund der Schengen- und der Dublin-Staaten will das geltende Waffenrecht den Änderungen der EU-Waffenrichtlinie anpassen. Neu sieht das Gesetz eine Pflicht zur Markierung aller wesentlichen Bestandteile einer Waffe vor. Das erleichtert es der Polizei, die Herkunft einer Waffe zu klären. Zudem wird der Informationsaustausch mit den anderen Schengen-Staaten verbessert. Gegen die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht hat die «Interessensgemeinschaft Schiessen Schweiz» das Referendum ergriffen. Eine Ablehnung dieser Teilrevision würde die Zusammenarbeit mit dem Verbund der Schengen- und Dublin-Staaten voraussichtlich automatisch beenden.



**Es geht um mehr als nur die Teilrevision des Waffenrechts, es geht um den Erhalt von Schengen/Dublin.**



Die Teilrevision hat minimale Auswirkungen für die Schützinnen und Schützen; rein inhaltlich könnte sie folglich als eine dieser irrelevanten

Abstimmungen abgestempelt werden, da das Abstimmungsergebnis eigentlich egal ist. Aber Achtung! Hier geht es nur vordergründig um die wenigen Anpassungen im Waffenrecht, sondern vielmehr darum, ob die Schweiz auch weiterhin im Verbund von Schengen/Dublin verbleiben wird oder nicht. Mit «Schengen/Dublin» wird die Zusammenarbeit europäischer Staaten in den Bereichen Justiz, Polizei, Visa und Asyl gemeint. Seit deren praktischen Umsetzung vor gut zehn Jahren wurden die Personenkontrollen an den Grenzen mehrheitlich aufgehoben und das Schengener Informationssystem (SIS) – ein europaweites Fahndungssystem – wirksam eingesetzt. Dieses System wie die generelle Zusammenarbeit sind in Europa – und dazu gehört auch die Schweiz! – in der Kriminalitätsbekämpfung und auch im Asylwesen nicht mehr wegzudenken. Paradoxerweise sind es genau diese Themenbereiche, in denen die Gegnerinnen und Gegner Erfolge fordern, die jedoch ohne Schengen/Dublin gegenüber der heutigen hohen Erfolgsquote rasant abnehmen würden. Das Gefährliche – nebst dem Desinteresse an dieser Abstimmung – ist, dass Personen, welche «Ja» stimmen würden, nicht stimmen gehen oder sich nicht informieren. Deshalb braucht es: Aufklärung und Mobilisierung. Denn jede Stimme zählt, damit die Schweiz auch weiterhin aktiv bei Schengen/Dublin mitwirken und von den vielen Vorteilen profitieren kann.



Franziska Preisig, Grossrätin & Nationalratskandidatin, Samedan

Die SP Schweiz hat einstimmig die **JA-Parole** beschlossen.

# Eidg. Abstimmung vom 19. Mai 2019



Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin & Ökonomin, Zürich

## Zur STAF – eine Würdigung der Steuer-AHV-Vorlage

Von Jacqueline Badran

### Take it and run

Die Steuer-AHV-Vorlage bringt uns viel von dem, was wir schon immer gefordert haben. Deshalb ist sie vor allem aus Perspektive der SP ein guter Kompromiss.

Blicken wir zurück: In den letzten 20 Jahren haben wir in der Steuerpolitik vor allem Kapital entlastet und dafür Arbeit und Konsum belastet. In der Unternehmenssteuerreform 1 (USR I) von 1998 wurden die heute so verpönten Steuer-Privilegien für Konzerne eingeführt und die Kapitalsteuer (Steuer auf Eigenkapital, «Vermögenssteuer für Kapitalgesellschaften») auf Bundesebene abgeschafft. Mit der USR II von Bundesrat Hans-Ruedi Merz wurden Kapitalerträge, also Dividenden, privilegiert also tiefer besteuert und das Kapitaleinlageprinzip eingeführt. Die USR 3 schliesslich – von der SP erfolgreich bekämpft – überbordete, indem man zwar die verpönten Privilegien für Konzerne abschaffte, dafür zig neue einfuhrte und von einer Gegenfinanzierung absah.

### Teil-Rückgängigmachung vergangener Steuerreformen und Harmonisierung auf internationaler Ebene

Nun kann man auch im demokratischen System Reformen auf zwei Arten durchführen. Disruptiv und schockartig, wie eine ersatzlose

Streichung der Steuerprivilegien, so wie es die Gegner der STAF fordern. Oder man kann schrittweise aus einem falschen System aussteigen. Wir haben uns für Zweites entschieden. Die STAF bringt nämlich eine Teil- Rückgängigmachung aller bisherigen drei Steuerreformen. Also präzise das, wofür wir gekämpft haben. Sie bringt die Abschaffung der verpönten Status-Privilegien aus der USR1, eine Teilrevision der Dividendenbesteuerung und (wer hätte das gedacht) eine Einschränkung des Kapitaleinlageprinzips aus der USR II. Und Drittens reduziert sie die neuen Privilegien aus der USR3 auf das Notwendige und vor allem auf zwei Instrumente, die mehr oder weniger in ganz Europa angewandt werden und erst noch an reale Arbeitsplätze gekoppelt sind: Der Forschungs- und Entwicklungsabzug und die tiefere Besteuerung von Patenteinnahmen (Patentbox). Anders ausgedrückt: Die STAF bringt eine Harmonisierung auf internationaler Ebene, also das was die Linke schon immer gefordert hat. Die Teil-Rückgängigmachungen aller letzten Steuerreformen und Harmonisierung, sind allein für sich genommen Gründe, um der Vorlage zuzustimmen.

Jetzt bekommen wir aber das erste Mal seit 45 Jahren noch Lohnprozente für die AHV hinzu und das, ohne dass auf der Leistungsseite abgebaut wird. Für das haben wir schon immer hart gekämpft, weil Lohnprozente und allgemeine Steuerbeiträge die für die arbeitende Bevölkerung deutlich



kostengünstigste (im Gegensatz zur Mehrwertsteuerfinanzierung), die effizienteste und die mit Abstand gerechteste AHV-Finanzierung sind. Vergessen wir nicht: Bei den Lohnprozenten bekommen 93% der Arbeitenden mehr als sie je einzahlen. Allein deshalb sollten wir sagen: Take it and run! (Nimm es und renn). Denn das bekommen wir nicht so schnell wieder.

Und wohin sollten wir rennen? An die zwei Orte wo die Musik spielt. In der OECD müssen wir gegen jegliche Steuervermeidungs-Strategien vorgehen. Da kann gerade die Schweiz eine aktive Rolle spielen. Und in die Kantone. Dort müssen wir dafür sorgen, dass nicht überbordert wird. Indem wir mit der STAF die beiden neuen Instrumente (Patentbox, F&E-Abzug) ermöglichen, müssen die Kantone den allgemeinen Gewinn-Steuer-Satz nämlich nicht so stark senken wie ohne diese Instrumente. Denn nicht der internationale Steuerwettbewerb ist unser Problem, sondern der interkantonale. Sich gegenseitig Steuer-substrat abluchsen und vernichten nennt man z'Leid werche. Das muss aufhören. Und genau dorthin wird die SP rennen.

Als Konsequenz bleibt: So wie wir schrittweise eingestiegen sind, steigen wir schrittweise aus einem System aus, das Kapitaleinkommen begünstigt und Arbeitseinkommen benachteiligt und kehren wir zurück zum Erfolgsmodell Schweiz, das über Jahrzehnte gegolten hat: Die tiefe Besteuerung von Arbeit und Konsum

und eine hohe Besteuerung von Kapital kombiniert mit einer Sicherung der Einkommen im Alter und bei Invalidität. Take it and run!

Die SP Schweiz hat die **JA-Parole** beschlossen.

**AHV  
STÄRKEN**

**GROSS-  
KONZERNE  
HÖHER  
BESTEUERN**

**JA** ZUR AHV-  
STEUERVORLAGE



# Kantonale Abstimmung vom 19. Mai 2019



Beat Deplazes, Grossrat,  
Chur

## Nein zur Initiative zur Abschaffung der Sonderjagd

Von Beat Deplazes

Im August 2013 wurde die Initiative zur Abschaffung der Sonderjagd mit 10 229 Unterschriften eingereicht. Die Initiative will die Sonderjagd abschaffen. Gemäss Initiativtext soll die Jagd nur noch an 25 Tagen von September bis im Oktober stattfinden. Das mit der Möglichkeit, die Jagd an 3 nacheinander folgenden Tagen zu unterbrechen.

In der Februar Session 2015 hatte sich die SP Fraktion grossmehrheitlich dafür eingesetzt, dass die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Leider wurden wir mit 79 zu 36 Stimmen überstimmt. Das Verwaltungsgericht gab dem Grossen Rat recht die Initiative als ungültig zu erklären, weil sie übergeordnetes Recht verletze. Das Bundesgericht sah dies anders. Das Bündner Jagdsystem mit der Hochjagd und der Sonderjagd hat sich nach Aussagen des Amtes für Jagd und Fischerei (AJF) bewährt. Im Spätherbst migriert eine grössere Anzahl Hirsche aus anderen Kantonen und dem nahen Ausland nach Graubünden.

Die Zuwanderung führt im Herbst/Winter in mehreren Regionen zu einer sehr hohen Anzahl Hirsche auf verschiedene, sehr enge Flächen. Damit die Schäden im Wald einigermaßen stabil gehalten werden können, wird von Mitte November bis 20.12. eine Sonderjagd durchgeführt.

Um die Jagdstrecke während der ordentlichen Jagd zu erhöhen, hat das AJF damit begonnen, die Hirschasytle partiell zu öffnen. Mit dieser Massnahme konnte die Anzahl der Abschüsse bereits erhöht werden.

Die von den Initianten in Spiel gebrachte Regiejagd widerspricht der Jagdtradition in Graubünden. Die Einführung einer Regiejagd (eine «beamtete Sonderjagd»), hätte grosse organisatorische und finanzielle Auswirkungen. Der Kanton müsste Jägerinnen und Jäger anstellen und bezahlen, damit sie die notwendigen Abschüsse tätigten.

In der Diskussion um die Sonderjagd fehlt der Einfluss der Grossraubtiere – Wolf und Luchs – auf den Rotwildbestand. Das Calandarudel schlägt nach Aussagen des AJF circa 300 Hirsche pro Jahr. Wenn dann noch die Risse der weiteren Wölfe und Luchse welche im Kanton leben dazu gerechnet werden, gibt das eine grössere Menge an Rotwild das geschlagen wird. Die Verteilung des Rotwildes verändert sich durch die Anwesenheit der Grossraubtiere erheblich. Es gibt keine grossen Rudel mehr, sondern viele kleinere Gruppen. Dies kommt dem Wald zugute weil damit die Verbisschäden reduziert werden. Die Grossraubtiere sind ein Teil der Lösung.

Der Regierungsrat, der Grosse Rat und die SP-Fraktionen empfehlen die Sonderjagdinitiative abzulehnen.

Die SP Graubünden wird die Parole am Parteitag vom 13. April fassen. Die SP-Fraktion im Grossen Rat hat die Initiative abgelehnt. Dem Parteitag wird beantragt, die **NEIN-Parole** zu fassen.

# SCHON DABEI?

Beim Mieten und Wohnen  
können Sie mit dem MV rechnen!

**Wir setzen uns für die Rechte der  
Mieterschaft und für mehr  
bezahlbaren Wohnraum ein!**

**Mitglieder profitieren:**

- **Rechtsberatung (gratis)**
- **Rechtshilfe**
- **Haftpflichtversicherung**

Mitglieder erhalten zudem regelmässig unsere Zeitschrift „Mieten&Wohnen“ mit interessanten Informationen zum Mietrecht und zu aktuellen mietpolitischen Fragen.

**Mit Fr. 77.-/Jahr sind Sie dabei!**

**MV**



Mieterinnen- und  
Mieterverband  
Graubünden

**Infos und Anmeldung unter**  
[www.mieterverband.ch/mv-gr](http://www.mieterverband.ch/mv-gr)

# Weitere Kürzungen bei den sozial Schwächsten



Sandra Locher Benguerel, Vizepräsidentin SP-Grossratsfraktion & Nationalratskandidatin, Chur

## Kanton auf gefährlichem Abbaukurs

Von Sandra Locher Benguerel

Rund 160 Millionen Franken soll der Kanton künftig kurzfristig einsparen können. So will es eine aktuelle Idee der Kantonsregierung namens GrFlex. Was harmlos heisst, hat das Potenzial eines breiten Abbauprogramms. In 14 Gesetzen wird an Ausgabenverpflichtungen gerüttelt, um künftig den Geldhahn für Empfängerinnen und Empfängern kantonaler Leistungen und Beiträge leichter zudreihen zu können.

Noch schlimmer als diese Aufweichung ist der geplante Kürzungsautomatismus. Dieser betrifft alle Kantonsbeiträge, die über das Budget steuerbar sind. Solche gibt es in fast allen Bereichen: Im Gesundheits- und Bildungswesen, bei der Forschung, im Kulturbereich, bei Förderbeiträgen für Gesellschaft und Umwelt und in vielen mehr. Bei schlechteren Finanzprognosen soll im Hinblick auf das Budget umgehend ein konkretes Sparpaket vorgelegt werden. Wen es konkret treffen wird, ist heute nicht voraussehbar. Eine Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung ist nicht vorgesehen. Treffen wird die Vorlage neben zahlreichen Organisationen und Institutionen sowie den Mittelstand, Familien, sozial schwächere und ältere Menschen. Denn GrFlex will bei den Geldern für die Verbilligung von Krankenkassen-

prämien, für Mutterschaftsbeiträge, Ergänzungsleistungen oder Familienzulagen ansetzen. Gerade diese Kosten werden jedoch nicht eingespart. Vielmehr werden Betroffene in die Sozialhilfe gedrängt, wofür letztlich auch die Gemeinden aufkommen.

Auslöser für die gefährliche Vorlage ist die Sorge um die Zukunft der Kantonsfinanzen. Das, nachdem der Kanton seit 15 Jahren schwarze Zahlen schreibt. Auch in diesen 15 Jahren waren die Finanzprognosen mehrheitlich pessimistisch. Ausnahmslos in jedem Jahr fiel das Ergebnis besser aus. Und ausgerechnet diese Prognosen sollen künftig ein Abbaupaket von grosser Tragweite initiieren?

Der Kanton hat heute rund 450 Millionen Franken frei verfügbares Eigenkapital. Wir haben genügend Zeit, eine solide Finanzierung unserer Leistungen auch in Zukunft zu gewährleisten. Stattdessen wird heute schon der Abbau vorgespurt und die Planungssicherheit zahlreicher Menschen, Institutionen und Organisationen unnötigerweise strapaziert. Die SP Graubünden lehnt in ihrer Vernehmlassung die Blackbox GrFlex vollumfänglich ab und fordert die Regierung auf, diese zurückzuziehen. Denn wenn das geplante Konzept greift, wird es keine Vernehmlassung für ein Sparpaket mehr geben. Das Vorhaben ist unnötig, undemokratisch, überhastet und seine Folgen für zahlreiche Betroffene unabsehbar.



# Klimaschutz

## Green New Deal für Graubünden

Von Philipp Wilhelm

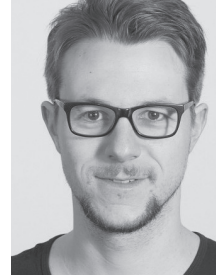
«Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut.» Die engagierten Schülerinnen und Schüler sagen mit ihrem weltweiten Klimastreik was Sache ist: es ist fünf nach zwölf. Die Klimakatastrophe birgt die grösste mittelbare Bedrohung für die Menschheit. Wird die globale Erhitzung nicht auf deutlich unter 2°C beschränkt, werden die heute schon drastischen Folgen noch bedrohlicher. Es braucht sofortiges Handeln. Denn um die globale Erwärmung bei 1.5°C zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null (!) gesetzt werden. Worauf warten wir also noch?

Doch statt vorwärts zu machen, haben SVP und FDP im Nationalrat das CO<sup>2</sup>-Gesetz regelrecht massakriert. Für die SP Graubünden ist klar: So geht es nicht. Auch darum müssen wir die Wahlen im Herbst gewinnen. Aber nicht Bern allein kann die Klimakatastrophe stoppen. Es braucht vielmehr eine rasante Intensivierung beim Klimaschutz auf allen Ebenen – auch in Graubünden.

Darum reichte ich in der Februarsession des Grossen Rates den Auftrag «Green Deal für Graubünden» ein. Bei höchster zeitlicher Priorität muss ein umfassender Aktionsplan zum Klimaschutz vorgelegt werden. Mit konkreten und wirksamen Massnahmen soll

Graubünden die Klimakatastrophe bekämpfen und eine Vorreiterrolle einnehmen. Uns treibt dabei die Angst um, um die Zukunft unseres Planeten, aber auch um unseren alpinen Raum, der besonders stark leidet: Naturkatastrophen, Gletscherschmelze und rückläufige Schneesicherheit.

Warum «Deal»? Ganz einfach: Der Klimaschutz ist eben gerade nicht nur dringliche Notwendigkeit, die uns Zukunft sichert. Er ist auch eine Chance. Ein Beispiel: Werden energetische Gebäudesanierungen deutlich beschleunigt, können im Kanton gemäss einer Studie bis 2000 neue Arbeitsplätze in allen Regionen geschaffen werden. Die mit Strukturwandel und Kartellschaden konfrontierte Baubranche erhält so einen doppelt sauberen Neustart. Kurz: Wenn wir klug in Klimaschutz investieren, erhalten wir nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern machen auch unsere Wirtschaft fit für die Zukunft. Untätig war Graubünden bisher nicht. Viele Grundlagen liegen auf dem Tisch. Wir wissen, was zu tun wäre. Doch der politische Wille zur Umsetzung fehlt. Mit dem Green Deal kann und muss sich das ändern. Über 80 Grossrätinnen und Grossräten unterzeichneten unseren Auftrag. Ein Ball, den die Regierung aufnehmen muss, um die Klimakatastrophe auch aus Graubünden aktiv zu bekämpfen und die Chancen der Energiewende zu nutzen.



Philipp Wilhelm, Grossrat & Nationalratskandidat, Davos

# System change – not climate change



Sina Men, Mitorganisatorin des Klimastreiks an der Kanti Chur, Juf

## Machen wir Nägel mit Köpfen!

Von Sina Men

Am Freitag, 15. März gingen auf der ganzen Welt Menschen auf die Strasse, um für einen wirksamen Klimaschutz zu demonstrieren. Auch in der Schweiz beteiligten sich Tausende an den Klimastreiks in über 20 verschiedenen Städten. Auch Chur war wieder dabei, dieses Mal mit einer Velodemo. Trotz Regen haben mehr als 150 Leute am Freitagabend die Churer Strassen unsicher gemacht. Das Thema ist also auch in Graubünden ein dringendes Anliegen der Bevölkerung und dies wird mit Sicherheit auch noch eine Weile so bleiben.

Dass es die Bewegung mittlerweile geschafft hat, einen gewissen Druck auf die Politik aufzubauen, hat sich unter anderem daran gezeigt, dass Vertreterinnen des Bündner Klimastreiks zu einem Gespräch mit Regierungspräsident Parolini und Regierungsrat Cavigelli eingeladen wurden. Jedoch wurde dabei schnell klar, dass unsere Forderungen eher zurückhaltend aufgenommen wurden. Mit der Begründung, dass der Kanton bereits viel im Bereich Klimaschutz mache und man in einigen Bereichen auch nur begrenzten Einfluss auf gewisse Entscheidungen habe, sind die beiden Herren Regierungsräte aus-

gewichen und nicht weiter auf die Anliegen der Jugendlichen eingegangen. Dieses ernüchternde Gespräch hat für mich, als aktive Mitorganisatorin der Streiks verdeutlicht, wie schnell man an die Grenzen unseres jetzigen politischen und vor allem wirtschaftlichen Systems stösst. Denn ein Grossteil der globa-

len Co<sup>2</sup>-Emissionen wird alleine von 100 Unternehmen verursacht. Diese müssten ihre Produktionsweise sofort drastisch ändern, damit wir auch in Zukunft noch einen bewohnbaren Planeten zur Verfügung haben. Aber im kapitalistischen System wird dies nicht geschehen, funktioniert dieses ja bekanntlich durch Profitstreben und Gewinnmaximierung. Darin hat ein wirksamer Umweltschutz schlicht und einfach keinen Platz. Deshalb ist es von essentieller Bedeutung, dass dieses System überwunden wird. Nur so können die Forderungen des Klimastreiks auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. Damit uns das gelingt, ist die Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter angewiesen. Nur gemeinsam haben sie nämlich das Potenzial, wirkliche Veränderungen herbeizuführen. Und genau das muss die Aufgabe von uns linken Kräften sein; den Kampf nach mehr Klimaschutz mit dem Befreiungskampf aller Arbeitenden zu verbinden. Auch wenn sich die Klimabewegung klar parteiunabhängig positioniert, müssen wir uns mit ihnen solidarisieren und aufzeigen, dass der Kapitalismus nicht alternativlos ist, dass es noch eine Möglichkeit gibt, eine komplette Zerstörung der Umwelt aufzuhalten und dass diese zwangsläufig antikapitalistisch sein muss. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Lassen wir uns nicht von den Bürgerlichen und ihrem Märchen des «Grünen Kapitalismus» täuschen und kämpfen wir gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft aller!



# Krankenkassen Prämientlastung

## Die Prämien-Entlastungs- Initiative der SP Schweiz

Von Renate Rutishauser

Dass die stetig steigenden Krankenkassenprämien für eine immer grösser werdende Personengruppe eine immense Belastung darstellen, ist hinlänglich bekannt.

Da Löhne und Renten dabei nicht mithalten, verschlingen die Prämien einen Grossteil des Haushaltbudgets. Sie liegen über alle Kantone betrachtet im Durchschnitt bei 14 Prozent und werden (leider) einkommensunabhängig festgelegt. Jeder Kanton hat für sich ein eigenes Modell der Prämienverbilligung entwickelt. Unhaltbar, vor allem, da es eine nationale Sozialversicherung betrifft. Und obwohl das Krankenversicherungsgesetz (KVG) die Kantone zur Prämienverbilligung unterer und mittlerer Einkommen verpflichtet, reduzieren immer mehr Kantone ihre Beiträge an die Versicherten. Hier greift nun

die neue SP-Initiative ein. Um den Zugang zum Gesundheitssystem für alle zu erhalten, sollen die maximalen Krankenkassenprämien in der ganzen Schweiz nicht mehr als 10% des verfügbaren Einkommens betragen. Der Bund soll neu statt der Hälfte zwei Drittel der Kosten übernehmen, die Kantone das verbleibende Drittel. Laut Berechnungen des Gesundheitsamtes unterschreiten die Forderungen der Initiative die Regelung in Graubünden. Bedroht wird unsere günstigere Situation allerdings durch die «Gesetzesrevisionen zur Haushaltsflexibilisierung» (GrFlex), die der Grosse Rat im Juni beraten wird.

Mit der Umsetzung der Initiative erhalten die Versicherten eine Garantie dafür, dass die Zuschüsse durch solche Sparpakete nicht einfach gestrichen werden können. Und ein Teil der Ungerechtigkeit der Kopfprämien würde durch Ausgleich über die Steuern wieder wettgemacht. Es lohnt sich also auch aus Bündner Sicht, diese Initiative zu unterstützen!



Renate Rutishauser,  
Grossrätin, Tomils

### Situation in Graubünden

2002 ist der Gegenvorschlag zur kantonalen «Volksinitiative für tragbare Krankenkassenprämien» der SP deutlich angenommen worden.

In der damaligen Botschaft an den Grossen Rat finden sich folgende Leitsätze:

1. Es ist mindestens ein Drittel der Bevölkerung mit IPV- Beiträgen zu unterstützen
2. Der Kanton Graubünden soll sich für die beitragsberechtigten Personen bezüglich durchschnittlicher Prämienbelastung im besten Drittel aller Kantone bewegen.
3. Der Selbstbehalt der beitragsberechtigten Personen soll im Durchschnitt 8% des anrechenbaren Einkommens nicht übersteigen.
4. Der Selbstbehalt ist nach Einkommenskategorien abzustufen. Für Haushalte mit den tiefsten Einkommen soll der Selbstbehaltssatz höchstens 50% des Maximalsatzes betragen.



Andrina Geller,  
Co-Präsidentin JUSO GR,  
Felsberg

## Generalversammlung der Juso GR

Von Andrina Geller

Mitte März fand die Generalversammlung der JUSO Graubünden in Lantsch/Lenz statt. Die Traktandenliste zeigte schon im Voraus die wichtigsten Schwerpunkte auf; die Verabschiedung von Julia Müller und Dominik Schneiter, die Wahlen für das Präsidium und den Vorstand, sowie die Parolenfassung für die kommenden Abstimmungen vom 19. Mai. Schweren Herzens mussten wir Julia Müller, unsere grandiose Präsidentin für über 2 Jahre, verabschieden. Wir können ihr gar nicht genug danken, für das, was sie für die JUSO getan hat aber auch für das, was sie in der Bündner Regionalpolitik macht, als jüngste Grossrätin Graubündens. Auch Dominik Schneiter werden wir vermissen, unser jüngstes Vorstandsmitglied und Sekretär. Beiden wünschen wir nur das Beste für ihre politische Zukunft.

Wir heissen Rosalina Müller, eine sehr junge, engagierte Frau, herzlich willkommen im Vorstand. Bei der Entscheidung wer den Platz im Präsidium füllen sollte, kam es zu Kampfwahlen. Eine wahre Besonderheit, denn in der JUSO Graubünden kommt das äusserst selten vor. Sina Menn und Andrina Geller leiten nun das Co-Präsidium.

Peter Peyer hielt einen grandiosen Input zu der kommenden AHV-Steuvorlage und anschliessend

diskutierte er mit Gianna Fetz darüber. Relativ schnell wurde klar, dass Peter und Gianna komplett unterschiedliche Meinungen hatten, was die Vorlage anbelangte. Die Diskussion war extrem spannend und informativ, von beiden Seiten kamen gute Argumente. Schlussendlich überzeugte uns jedoch Gianna, so dass die JUSO Graubünden einstimmig die Nein-Parole zur AHV-Steuvorlage gefasst hat.

Weniger Diskussionsmaterial boten die zwei anderen Abstimmungen. Einstimmig fassten wir die Ja-Parole zum EU Waffengesetz und die Nein-Parole zur Sonderjagdinitiative mit einer Enthaltung.

Ein Tag voller Politik und Entscheidungen. Darauf mussten wir natürlich anstossen. Am Abend wurden dann die Braulio-Gläser gefüllt und wir stiessen auf unsere Parolen, unsere Partei und unseren Kampf für eine bessere Welt an.

## Parolen der SP Graubünden zu den Abstimmungen vom 19. Mai 2019

### Kant. Abstimmungen:

Sonderjagdinitiative **NEIN**

### Eidg. Abstimmungen:

Teilrevision des Waffenrechts **JA**

STAF **JA**

### 1. Mai 2019:

#### Mehr zum Leben!

Die 1. Mai-Feier 2019 findet wiederum auf dem Theaterplatz in Chur statt. Die Veranstaltung beginnt um 16.30 Uhr mit einer Festwirtschaft. Gespannt erwarten wir ab 17.30 Uhr die Rede von Barbara Gysi, Präsidentin Gewerkschaftsbund St. Gallen, sowie von Ständeratskandidat Jon Pult und vom «Bündner Kollektiv Frauenstreik». Im Anschluss laden wir mit musikalischer Begleitung von Gisela Baur zu einem gemütlichen Beisammensein im Café Patschifig an der Grabenstrasse 1 ein. Bei Schlechtwetter wird auf dem Theaterplatz ein Zelt aufgestellt.

#### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

Nr. 1/2019

#### www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Herrer  
(Redaktionsleitung),  
Stefan Grass, Silvia Modalek,  
Andri Perl  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Selva Caro Druck AG,  
Flims  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 2/2019:  
29. März 2019

ClimatePartner<sup>o</sup>  
klimaneutral